



ZdK

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft

23. Jg. Nr. 4
August 2017

Editorial

Wasser

Es war eine jener Meldungen, die an uns vorbeirauschen und kaum wahrgenommen werden, obwohl sie fundamental wichtig und herausfordernd sind: Fast 2,1 Milliarden Menschen haben nach Angaben der UNO zu Hause kein sauberes Trinkwasser. Mehr noch: 4,5 Milliarden Menschen verfügen nicht über ausreichende Sanitäranlagen, Kanalisation und Abwasseraufbereitung, selbst in vielen Schulen und Kliniken fehlen Wasser und Seife zum Händewaschen.

Es ist eine Schande für uns im entwickelten "Norden", wir müssten uns schämen, dass wir solche Missstände dulden. Zum Glück unterstützen unsere Hilfswerke viele Projekte auch aus diesem Bereich. Doch der Einsatz der Politik wie der Zivilgesellschaft wäre weiter zu verstärken.

Auch Papst Franziskus hat in seiner Umweltenzyklika *Laudato si'* die Bedeutung des Wassers für die Menschheit betont und von einer schweren sozialen Schuld gesprochen, die die Welt angesichts von Wasserverschmutzung und Verschwendung auf sich lädt.

Mitte Juli hat Daniel Barenboim sein Konzertdirigat der BBC Proms unterbrochen und beklagt: "Es fehlt uns an Erziehung. Es fehlt uns an Erziehung zur Menschlichkeit."

Heute sterben jährlich 1,7 Millionen Kinder unter 5 Jahren an wasser- und sanitärbedingten Krankheiten. "Wasser ist ein Menschenrecht" – wie lange soll das im weltweiten Maßstab nur ein Lippenbekenntnis bleiben?

Stefan Vesper

Inhalt

Konsolidierung und neuerliche Radikalisierung _____ 2

Ungarns Populismus an der Macht
[Ferenc Laczó](#)

Mut zum Neuanfang _____ 4

Vergebung und Versöhnung im deutsch-polnischen Verhältnis
[Cassandra Speer](#)

Transparenz schafft Glaubwürdigkeit _ 6

Anforderungen an kirchliche Finanzverwaltung
[Sonja Grolig](#)

Pflegearbeit gerecht organisieren! ____ 8

Ein ZdK-Impuls zielt auf eine breite gesellschaftliche Debatte zur Zukunft der Pflege
[Bernhard Emunds](#)

Wie kann Integration gelingen? _____ 10

Der Ansatz des Projekts *Alpen.Leben. Menschen (A.L.M.)*
[Anna Schober](#)

Populismus in den Niederlanden _____ 12

Der Triumph des Populismus
[Frans Hoppenbrouwers](#)

2 Ungarn Populismus

Konsolidierung und neuerliche Radikalisierung

Ungarns Populismus an der Macht

Der Populismus griff im letzten Jahrzehnt in der ungarischen Politik beträchtlich um sich und bestimmte sie zunehmend. Seit 2010 entwickelten sich der rechtsorientierte populistische Stil und der Inhalt der Politik unter Viktor Orbán zu solch auffälligen Merkmalen der Regierungstätigkeit, dass das durch Fidesz (Fidesz steht für "Fiatal Demokraták Szövetsége", deutsch: "Bund junger Demokraten") gesteuerte Land innerhalb der Europäischen Union häufig als Pionier der autoritären Wende gesehen wird, die sich seither auf Länder wie Polen und das (noch) Vereinigte Königreich ausgebreitet hat und die, wenn man Panikmachern folgt, in naher Zukunft sogar das gesamte Projekt der europäischen Integration gefährden könnte.

Was genau machte die populistische Wende unmittelbar nach Ungarns Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 2004 möglich, als der Übergang zum westlichen Modell einer freiheitlichen Demokratie weitgehend als beendet und abgeschlossen erachtet wurde? Einer der wesentlichen Gründe liegt im Verblässen des Hauptnarrativs oder Leitgedankens aus der Übergangsperiode. Dieser Leitgedanke, der sich auf die Europäisierung gerichtet hatte, verlor einen Großteil seiner Glaubwürdigkeit, als der institutionelle Prozess zwar abgeschlossen wurde, die materiellen Vorteile jedoch ausblieben. Die EU subventionierte zweifelsohne ihre ärmeren Mitgliedsstaaten und trug somit zur Verringerung einiger massiver regionaler Ungleichheiten bei, insgesamt aber tat die europäische Integration viel zu wenig, um die strukturellen Unterschiede innerhalb der Union zu überwinden.

Sonderfall Ungarn?

Warum hat sich die populistische Wendung in Ungarn als besonders radikal erwiesen? Eine Verkettung unglücklicher Umstände im frühen 21. Jahrhundert – die Unzufriedenheit mit den tatsächlichen Errungenschaften eines nominell erfolgreichen Wandels, die Diskreditierung füh-

render postkommunistischer Politiker und der gravierende wirtschaftliche Abschwung kurz vor den Wahlen von 2010 – löste einen politischen Erdbeben aus. Die rechtsextreme Bewegung Jobbik ("Jobbik Magyarorszáért Mozgalom", deutsch: "Bewegung für ein besseres Ungarn") veränderte sich von einer Randströmung zu einer mittelgroßen Partei, während es Fidesz zeitgleich gelang, sich zur Volkspartei des Zentrums zu entwickeln, ohne dabei die eigene rechte Agenda abzumildern. Beide zusammen erhielten 2010 nahezu 70 Prozent der Stimmen, wohingegen die Linke und die Liberalen, die seit 2002 die Regierungskoalition bildeten, plötzlich mit weniger als 20 Prozent abschnitten.

Immer wieder wird behauptet, Populismus sei grundsätzlich eine rein oppositionelle Taktik und würde daher von den Parteien nach dem Gewinn der Macht nicht mehr eingesetzt – das Beispiel Ungarn belehrt die Beobachter leider eines Besseren. Seit 2010 verfolgt Fidesz konsequent die populistische Linie; eine Institution nach der anderen wurde durch Schwächung der im demokratischen System verankerten Gewaltenteilung unterworfen. Fidesz brachte es außerdem ebenso fertig, ein politisch-ökonomisches System zu schaffen, in dem die Partei, der ungarische Staat und die örtliche kapitalistische Wirtschaft eng verflochten sind und Schlüsselressourcen größtenteils von Fidesz-Sympathisanten kontrolliert werden. Fidesz' Strategie der Entpolitisierung profitierte in hohem Maße vom Exodus Hunderttausender gut gebildeter junger Menschen: Die Freizügigkeit innerhalb des europäischen Raums trägt damit paradoxerweise zur Machtkonsolidierung des Orbán-Regimes bei.

Historischer Kontext

Man muss sowohl die historische als auch aktuelle Lage in Europa berücksichtigen, um zu verstehen, warum die jetzige Lage in Ungarn so beunruhigend ist. Das politische Leben Ungarns zeigte sich wiederholt in Gestalt einer seltsamen Mischung, sei es unter Miklós Horthy in den 1920er Jahren, unter János Kádár in den 1970er Jahren oder derzeit unter Viktor Orbán: im Wesentlichen eine Art autoritärer Herrschaft verbunden mit einem Mindestmaß an Liberalismus und einem Anschein von Freiheit. Auch Fidesz führte eine spezielle Mischung ein: Einpartei-

Ungarn

Populismus

enherrschaft innerhalb eines Gebildes, das aussieht wie ein Mehrparteiensystem, Wahlen mit mehreren Parteien, die unfair ablaufen, eine pluralistische Medienlandschaft unter direkter Kontrolle der herrschenden Partei, offene Drohungen, denen bezeichnenderweise bisher kein noch unerhörtes Durchgreifen gefolgt ist, und ein illiberales Regime, das in hohem Maße davon abhängig ist, Teil einer Union liberaler Demokratien zu sein. Gleichwohl ist das fast vollständige Zusammengehen von Fidesz mit der durch Jobbik repräsentierten rechtsorientierten Opposition die offensichtlichste und bedenklichste politische Entwicklung der letzten Monate. Besonders beunruhigend ist die in der Gesellschaft massiv gestiegene Fremdenfeindlichkeit – ein Gebiet, auf dem sich eine weitgehend passive und unbewegliche Wählerschaft an der Mobilisierung der Machthaber gegen Migranten mitschuldig gemacht hat. Unter den Fidesz-Wählern erreicht das Niveau, was dieses Thema angeht, inzwischen das der Jobbik-Wähler. Damit zeigt sich, dass es sinnlos ist, auf einer Trennung zwischen Mainstream und radikaler Rechten zu bestehen.

Auf europäischer Ebene lässt sich die Vorgehensweise von Fidesz wie folgt charakterisieren: zwei Schritte vorwärts, einen Schritt zurück. Die Fidesz-Parteigänger scheinen eine vorsichtige Strategie der Eskalation zu verwenden, die durch wirksame Irreführung erstaunlich gut funktioniert: Während Orbán wie der Radikale anmutet, der die Unbeweglichkeit europäischer Institutionen und den unbeliebten Status quo anführt, wirkt er gleichzeitig wie ein Politiker, der zur Debatte und zum Kompromiss bereit ist. Es ist in der Tat nicht zu übersehen, wie bereitwillig sich Orbán auf europäischer Ebene engagiert im Vergleich zu seinem Handeln im "eigenen" Mitgliedsstaat (wo er es bevorzugt, einer ernsthaften Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen).

Ausblick

Letztlich bleiben Unstimmigkeiten zwischen einer in ihrer Rhetorik Europa-skeptischen Regierung, die "die Verteidigung des Abendlandes" hervorhebt, in Wirklichkeit aber die Vergrößerung von Bereichen nationaler Souveränität anstrebt, und einer größtenteils pro-europäischen, zwar nicht liberalen und trotzdem demokratisch ausgerichteten Gesellschaft. Von größerer politischer Bedeutung ist

jedoch, dass Fidesz als Partei auf europäischer Ebene keine Einbußen erlitten hat: Fidesz ist ein zwar umstrittenes, aber grundsätzlich geschätztes Mitglied der Europäischen Volkspartei. Trotz der fragwürdigen Machtkonzentration muss Ungarn auf EU-Ebene höchstwahrscheinlich kein Kontrollverfahren befürchten, anders als die derzeit amtierende polnische Regierung.

Die Wertesysteme von Merkel und Orbán mögen in Bezug auf bestimmte Schlüsselthemen Welten voneinander entfernt sein, doch hinsichtlich vieler anderer alltäglicher Angelegenheiten bewahren sie ihr pragmatisches Bündnis miteinander. Zwar mag Orbán gezeigt haben, dass er der erste Anführer innerhalb der EU ist, der am äußersten rechten Rand steht, jedoch führte dies – ungeachtet scharfer Pressereaktionen und des allgemein sinkenden Ansehens Ungarns – nicht zu seiner Isolation. Im Gegenteil: Immer öfter wird er als ein Politiker sichtbar, dessen Ansichten und Vorschläge zwar infrage gestellt, aber häufig auch ernst genommen werden.

Wie geht es nun weiter in Ungarn? Zwar sind die Akzeptanzquoten der Regierung nicht mehr beeindruckend, aber dennoch gelang es ihr angesichts des eher mageren Angebots der übrigen Parteien, einen stabilen Vorsprung in der Wählergunst zu behaupten. Vielleicht wäre es denkbar, dass eine neuartige und glaubwürdige gemäßigte oder links-liberale Partei kurzfristig als ernsthafter Herausforderer die politische Bühne betreten könnte. Indessen steht es momentan eher schlecht um die Aussicht, dass dieses Szenario sich tatsächlich vor den nächsten Wahlen im Jahr 2018 verwirklichen könnte.

| Dr. Ferenc Laczó

Assistenzprofessor für Europäische Geschichte
(Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa) an der Universität Maastricht

Der Beitrag ist die gekürzte Fassung des gleichnamigen Artikels, der in der Zeitschrift OST-WEST. Europäische Perspektiven 18 (2017), Heft 3 mit dem Schwerpunkt "Populismen in Europa" erschienen ist.

4 Deutsche und Polen Dialog

Mut zum Neuanfang

Vergebung und Versöhnung im deutsch-polnischen Verhältnis

Es waren weder Politiker noch Wirtschaftsvertreter, welche 20 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs einen Neuanfang im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen suchten. Im Nachhinein kann man Willy Brandt beipflichten, denn "das Gespräch der Kirchen und ihrer Gemeinden war dem Dialog der Politiker voraus". Damit bezieht sich Brandt auf die EKD-Ostdenkschrift und den Briefwechsel zwischen den Bischöfen Polens und Deutschlands, beide aus dem Jahr 1965.

Beide Dokumente fielen in eine Zeit, die nach wie vor noch gekennzeichnet war von den territorialen und staatlichen Verschiebungen. Auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 wurde die Oder-Neiße-Linie als neue Westgrenze Polens definiert, jedoch mit Vorbehalt, da eine endgültige Entscheidung auf eine spätere Friedenskonferenz verschoben wurde. Die DDR erkannte im Görlitzer Abkommen zwischen sich und der VR Polen diese Linie als Grenze an, die BRD jedoch nicht. Polen war zu diesem Zeitpunkt nicht nur von der Verschiebung nach Westen betroffen, sondern gleichzeitig musste das Land die Vertreibung seiner Bevölkerung aus den ehemals polnischen Ostgebieten durch die Sowjetunion hinnehmen. Dementsprechend war das Verhältnis zwischen der BRD und Polen in dieser Zeit äußerst angespannt. Zusätzlich strapaziert wurde es durch die Grenzrevisionsforderungen der Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik, welche sie in der Charta der Heimatvertriebenen 1950 in Stuttgart formulierten und mit Nachdruck wiederholten.

Auch die Situation der katholischen Kirche in Polen ließ zu diesem Zeitpunkt kaum Hoffnung aufkommen, da sie staatlichen Repressalien ausgesetzt war und sich vorsichtig mit Kritik gegenüber dem Regime verhalten musste. Die antideutsche Propaganda und die Erfahrungen des Kriegs, der Besatzung und Verfolgung ließen wenig Raum für Initiativen zur Versöhnung und Vergebung. Dennoch sahen einige polnische Publizisten eine Verständigung zwischen der BRD und Polen als notwendig an.

Erste Schritte

Eine Gruppe von acht evangelischen Wissenschaftlern und Laien um Carl Friedrich von Weizsäcker u. a. forderte im Tübinger Memorandum 1961 die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Denn nur so könne eine neue Gesprächsgrundlage mit Polen aufgenommen werden. Diese Forderung zog ein breites Medienecho nach sich, da zum ersten Mal eine fundamentale Kritik an der bisherigen Ostpolitik der Regierung geübt wurde. Insbesondere von Seiten der Vertriebenenverbände hagelte es scharfe Kritik; beharrten diese doch auf den Grenzen von 1937. Die Kirchenkanzlei der EKD distanzierte sich von dem Memorandum und unterstrich, dass es sich hierbei um private Äußerungen einiger evangelischer Laien handle. Eine ähnlich radikale Forderung formulierte der Bielefelder Arbeitskreis der kirchlichen Bruderschaften um Wolfgang Schweitzer in seinen 19 Thesen. Wenn Frieden zwischen Deutschland und Polen herrschen solle, sei der deutsche Anspruch auf die ehemaligen Ostgebiete nicht haltbar.

Die Ostdenkschrift der EKD

Zunächst griff die Ostdenkschrift das zerrüttete Verhältnis zwischen beiden Ländern 20 Jahre nach Kriegsende auf. Sie problematisierte die ungelösten Folgen der Vertreibung und deren mangelnde politische und historische Aufarbeitung. Dem gegenübergestellt wurden die fruchtbaren kulturellen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland in den letzten Jahrhunderten. Die Diskussion um das "Recht auf Heimat", das in anderen Dokumenten zu einem "heißen Eisen" wurde, ist nach der Ansicht der Denkschrift zwar verständlich, insofern damit auf die ursprüngliche Heimat verwiesen wird. Eine Inanspruchnahme darüber hinaus weist die Denkschrift jedoch von sich. Vielmehr widmet sich die Denkschrift der fehlenden Akzeptanz der Vertriebenen in der deutschen Bevölkerung und greift die Frage der Schuld auf. Ein Neuanfang kann nur gelingen, wenn Bestrebungen unterlassen werden, welche die Entscheidungen der Potsdamer Konferenz rückgängig machen, dies ist für den Gedanken nach Versöhnung zwischen beiden Staaten unumgänglich.

Während die Denkschrift in der BRD ein recht negatives Medienecho nach sich zog und sich den Vorwurf gefallen

Deutsche und Polen

Dialog

lassen musste, sie habe einen Verrat an den Vertriebenen begangen, wurde sie in Polen positiv aufgenommen. Dennoch war es die Ostdenkschrift der EKD, welche als erstes offizielles Kirchendokument zum Nachdenken über die bisherige Ostpolitik angeregt hat.

Und die Katholiken?

Der Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder im Hirtenamt (1965) wurde den am Zweiten Vatikanischen Konzil teilnehmenden deutschen Bischöfen in der letzten Sitzungsperiode des Konzils überreicht. Dieser Brief wurde zu großen Teilen vom Titularbischof Bolesław Kominek in deutscher Sprache verfasst. Mit diesem Brief wagten die polnischen Bischöfe einen ersten Schritt in Richtung Versöhnung mit Deutschland. Ihr übergeordnetes Ziel war jedoch, ihr Land von der sowjetischen Unterdrückung zu befreien und nach Europa zurückzukehren. Vor diesem Hintergrund luden sie die deutschen Bischöfe zur Milleniumsfeier der Taufe Polens 1966 ein. Die polnischen Bischöfe würdigten ferner die historischen Entwicklungen zwischen Polen und Deutschland, fügten aber gleichzeitig einen kritischen Kommentar über die jüngeren Entwicklungen an. Sie gedachten dabei der deutschen Vertriebenen und verwiesen darauf, dass die auf der Potsdamer Konferenz gefassten Beschlüsse nicht der polnischen Verantwortung unterlagen. Ob dies so eindeutig zu beurteilen ist, muss aber bezweifelt werden. Der Brief der polnischen Bischöfe ist unabhängig von der EKD-Ostdenkschrift entstanden. Zum Abschluss des Briefes heißt es: "In diesem allerchristlichen und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen hin in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um Vergebung."

Die deutschen Bischöfe übergaben ihren Antwortbrief am 5. Dezember 1965, auch während der letzten Sitzungsperiode des Konzils. Verfasst wurde die deutsche Antwort auf Polnisch von dem Essener Bischof, Franz Hengsbach, dem Bischof von Meißen, Otto Spülbeck, und Weihbischof Gerhard Schaffran. Sie nahmen die ausgesprochene Einladung der polnischen Bischöfe entgegen und verdeutlichten, dass aus der Sicht der deutschen Bischöfe ein Neuanfang im Verhältnis beider Staaten unumgänglich sei. Die deutschen Bischöfe griffen in ihrem Schreiben den

Begriff des "Rechts auf Heimat" auf, welcher nicht im polnischen Schreiben erwähnt wird. Obwohl die deutschen Bischöfe bekräftigten, dass sie damit keine Gedanken an Grenzrevisionen anstellen wollten, führte dies trotzdem auf polnischer Seite zu erheblichen Verstimmungen. Das Ziel, welches die deutschen Bischöfe anstrebten, war der Beginn eines brüderlichen Verhältnisses zwischen beiden Staaten und eines Dialoges. Ihr Brief schließt mit der Formulierung: "Mit brüderlicher Ehrfurcht ergreifen wir die dargebotenen Hände."

Die Antwort der deutschen Bischöfe ist auf polnischer Seite als Enttäuschung aufgefasst worden, da sie das Thema Oder-Neiße-Linie aussparte. Von Seiten der polnischen Regierung ist der Briefwechsel stark kritisiert worden; die polnischen Bischöfe hätten ihre Kompetenzen überschritten. Diesen Vorwurf erhoben auch die Zeitungen Polens, die exilpolnischen Zeitungen jedoch würdigten den Briefwechsel nachdrücklich. Nicht nur bei den Begegnungen beider Kirchen anlässlich mehrerer Jubiläen hinsichtlich der Dokumente, auch auf politischer Ebene wirkten sie nach.

| [Cassandra Speer, B.A](#)
Ruhr-Universität Bochum

6 Kirche Finanzen

Transparenz schafft Glaubwürdigkeit

Anforderungen an kirchliche Finanzverwaltung

Wer sich in den vergangenen Jahren schon kritisch mit der Verwaltung von Kirchenfinanzen und Kirchenvermögen auseinandergesetzt hat, fängt inzwischen an, für den Bauskandal in der Diözese Limburg "dankbar" zu sein. Dessen Aufarbeitung hat in der katholischen Kirche Deutschlands bereits vorhandene Reformbemühungen verstärkt und den öffentlichen Diskurs über das Thema belebt. Die Deutsche Bischofskonferenz entschied sich im Herbst 2014 zu einer Transparenzoffensive, in der die einzelnen Diözesen nach und nach ihr Vermögen veröffentlichen. Ähnlich wie bei Kommunen muss dafür allerdings zuerst die Vermögenserfassung in Form von Bilanzierung erfolgen. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken setzte im Frühjahr 2015 eine Arbeitsgruppe zum Thema "kirchliche Finanzen" ein, auf deren Anraten im Juni 2017 eine Fachtagung zur Frage der Beteiligung von Laien an den Entscheidungen über die Verwendung kirchlicher Finanzen stattfand. Kirchensteuerrätinnen, Generalvikare und interessierte VertreterInnen der Zivilgesellschaft holten sich Expertenwissen ein und traten in einen lebhaften Erfahrungsaustausch. Bei allen Beteiligten wachsen, wenn auch unterschiedlich geprägt, Einsicht und Bereitschaft, neue Formen der gemeinsamen Verantwortung für die kirchlichen Finanzen zu etablieren. Dafür kann es hilfreich sein, neben Anleihen aus der Praxis von Wirtschaft und öffentlichem Sektor, Grundbegriffe guter Verwaltung auch innerkirchlich noch einmal durchzubuchstabieren.

Eigentümerschaft der Gläubigen und kirchlicher Auftrag müssen der Ausgangspunkt aller Überlegungen zum Umgang mit kirchlichen Finanzen sein. Das Kirchenvermögen mag rechtlich den Diözesen und zahlreichen anderen kirchlichen Rechtsträgern gehören, ideell gehört es der Gemeinschaft der Gläubigen. Entsprechend können sich die Entscheider – Entscheiderinnen sind noch selten – als Verwalter, nicht aber als Eigentümer verstehen. Mit dem Finanzmanagement leisten sie einen Dienst an der Gemeinschaft der Gläubigen. Der Verwendungszweck des Kirchen-

vermögens ergibt sich aus den Zielen kirchlichen Lebens und kann deshalb weder bloße Gewinnoptimierung noch persönliche oder institutionelle Selbstbereicherung sein. Die Glaubwürdigkeit der kirchlichen Verkündigung lässt sich nicht loslösen vom Umgang der Kirche mit ihren Gütern. Eine Kirchenverwaltung, die versucht, den Maßstäben des Evangeliums gerecht zu werden kommt deshalb nicht ohne Transparenz, Partizipation und Kontrolle aus.

Transparenz, Partizipation und Kontrolle

Diese umfassen jedoch sehr viel mehr als die Veröffentlichung von Bilanzen. Es geht darum, Entscheidungen nachvollziehbar zu machen und ihre Umsetzung zu überprüfen. Nach welchen Kriterien wurde die zukünftige Verteilung von VDD-Mitteln vorgenommen, wie kam die Zusammensetzung der Fachgruppe zustande, die über die Kürzungen entschieden hat und von woher bezieht sie ihr Mandat? Rechenschaftslegung im Bereich von Finanzen ist keine Glaubensfrage, sondern geschieht mittels überprüfbarer Fakten. Was lange ein Tabu war, wird inzwischen in den Blick genommen. Theologen sind aufgrund ihres Status als Kleriker nicht automatisch geeignet, Leitungspositionen zu besetzen, die im Kern vor allem Managementkompetenzen und wirtschaftliches Fachwissen benötigen. Kirche und alle ihre Mitglieder haben Anteil an der Versuchbarkeit und Korruptierbarkeit, die Macht bewirken kann. Deshalb gilt es, die Partizipation von Fachkundigen zu gewährleisten und Kontrollorgane so einzurichten, dass deren Unabhängigkeit und Fachkompetenz Fehlverhalten von Entscheidungsträgern tatsächlich begrenzen kann. Die bisherige Praxis, nach der die Mitglieder kirchlicher Aufsichtsgremien oft von den Amtsträgern berufen werden, die sie kontrollieren sollen, stellt eine strukturelle Schwachstelle dar. Eine von der Kirchenbasis aus erfolgende Wahl wäre sehr viel glaubwürdiger und könnte den Gremienmitgliedern persönliche Integrität erleichtern. Die Loyalität der Vertreter ist bei Wahl an die kirchliche Gemeinschaft und nicht an die Person des Amtsträgers gebunden. Angemessene Kritik gerät dann nicht mehr unter den Pauschalverdacht der Illoyalität, wie dies bisher oft geschah.

Die Einsicht in die Notwendigkeit und die Wertschätzung von Kontrolle werden neben den pastoralen Innovationsbemühungen über die Glaubwürdigkeit der Kirche entschei-

Kirche

Finanzen

den. Dies gilt sowohl für den Bereich der Zuteilung von Mitteln wie auch bei deren Verausgabung.

Gerade weil das deutsche Staatskirchenrecht der Kirche ein hohes Maß an Selbstverwaltung zugesteht, braucht es die aktive Selbstverpflichtung der Kirche durch eine Kultur der Machtteilung und der Kontrolle, um Missbrauch des Kirchenvermögens so weit als möglich zu verhindern.

Freie Mitarbeiter statt Laien

Die katholische Kirche in Deutschland ist nicht arm. Ihr Vermögen ist auf viele unterschiedliche Rechtsträger verteilt und die Verwaltung entsprechend komplex. Deshalb empfiehlt es sich, Qualifikationsprofile für die Mitglieder von Entscheidungs- und Aufsichtsgremien einzurichten und sowohl haupt- wie ehrenamtlich Tätige weiterzubilden. Im Gegenzug sollte auf den Begriff des "Laien", der im allgemeinen Sprachgebrauch als "Nichtfachmann" verstanden wird, verzichtet werden. "Freier Mitarbeiter" erscheint als ein passenderer Begriff, um das freiwillige Engagement, die notwendige Unabhängigkeit und die erforderliche Kompetenz von Diözesan- und Kirchensteuerräten und anderen Ehrenämtern zu beschreiben. Die Veränderung der Begrifflichkeit weist dann schon die Spur dafür, dass die freien Mitarbeiter und die dienstlich eingebundenen Mitarbeiter sich zwar in ihrem Verhältnis zur Institution unterscheiden, jedoch nicht in ihren Fähigkeiten und Kompetenzen.

Kosten und Wirkung

Abgesehen vom Rottenburger Modell (s. Salzkörner 23. Jg., Nr. 3, S. 2-3) ist durch die Trennung der pastoralen von den finanziellen Gremien das "Zusammendenken" von inhaltlichen Zielen und Ressourceneinsatz in der Praxis noch wenig ausgeprägt. Aber diese Trennung entfremdet unterschiedliche Fachkompetenzen, die auf einander angewiesen sind, wenn Geld dem Glauben dienen soll. Gerade weil wir eine Kirche im Umbruch sind, kann es nicht mehr um die bloße Fortschreibung von Haushalten gehen. Benötigt wird vielmehr eine Budgetierung, die sowohl den innovativen Konzepten im pastoralen und sozialen Tun der Kirche wie auch den strukturellen Veränderungen Rechnung trägt.

Noch weiterreichend ist dann der Schritt zur wirkungsori-

entierten Haushaltsführung, an dem sich aktuell in einigen Bundesländern, u. a. in Nordrhein-Westfalen, die Kommunen versuchen. Es bedeutet für die kirchlichen Aufgabenfelder nicht nur Aktivitäten und Kosten, sondern die Erreichung von Zielen und Wirkungen in den Blick zu nehmen. Über die Budgeteinhaltung hinaus würde dann zum Jahresabschluss gefragt, ob mit Hilfe der eingesetzten Gelder wirklich mehr Jugendliche durch alternative Angebote Glaubenszugang gefunden haben, ob tatsächlich erfolgreich kirchliche Integrationsarbeit für zugewanderte Mitbürger stattgefunden hat und ob die Einführung von U3-Betreuung in kirchlichen Kindergärten den staatlichen Standards und den Erwartungen der Eltern gerecht wurde. Die Bilanzierung nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) müsste dafür um andere Instrumente von Evaluierung ergänzt werden. Diese Arbeitsweise ist in der Entwicklungszusammenarbeit schon länger Praxis, sie findet aber erst jetzt Einzug in den Gemeinwesenbereich hierzulande.

Ausblick

Wenn die Orientierung an Inhalten und Zielen und wenn fachlich-partizipative Formen des Miteinanders die Verwaltung der kirchlichen Finanzen zukünftig bestimmen, dann werden die anderen Bereiche kirchlichen Lebens von diesem Wandel nicht unberührt bleiben. Skeptiker verweisen schnell auf die Grenzen, die vom Kirchenrecht gesetzt sind. Aber Hand aufs Herz, erwarten wir wirklich vom Kirchenrecht die Zukunftsweisung für die Entwicklung unserer Kirche?

| Sonja Grolig

Mitbegründerin und Leiterin der AG kirchliche Entwicklungszusammenarbeit von Transparency Deutschland und Mitglied im Beirat für Gerechtigkeit, einer Initiative des Vatikan gegen Korruption und Ungerechtigkeit

8 Gesellschaft Pflege

Pflegearbeit gerecht organisieren!

Ein ZdK-Impuls zielt auf eine breite gesellschaftliche Debatte zur Zukunft der Pflege

Nach der Reform ist vor der Reform. Der Bundestag hat im Dezember 2016 das dritte Pflegestärkungsgesetz beschlossen. Gut sechs Monate später veröffentlicht das ZdK den pflegepolitischen Diskussionsimpuls "Gerechte Pflege in einer sorgenden Gesellschaft"¹. Der Impuls ist kein Beispiel dafür, dass die Kirche häufig zu spät kommt und aktuelle Diskussionen verpasst. Vielmehr diagnostiziert das ZdK einen pflegepolitischen Reformbedarf, der weit über die beschlossenen Maßnahmen hinausgeht: Personalmangel und Qualitätsdefizite in der Pflege, Überlastung der Pflegenden, demographisch bedingte Zunahme des Pflegebedarfs und geringe Anerkennung der Sorgearbeit in einer auf Erwerbsarbeit und industrielle Produktion fokussierten Gesellschaft. Dieser Reformbedarf erfordert eine breite zivilgesellschaftliche Debatte darüber, wie wir uns in Zukunft Pflege vorstellen und welchen Stellenwert sie in der Gesellschaft haben soll. Auf dieser Grundlage können dann politisch die Weichen für eine gute Weiterentwicklung des deutschen Pflegesystems gestellt werden.

Um eine solche Debatte geht es dem ZdK mit dem Diskussionsimpuls, dessen sechs zentrale Botschaften hier kurz vorgestellt werden:

1. Der Vorrang der häuslichen Pflege stößt immer deutlicher an Grenzen.

Die weit verbreitete Angehörigenpflege ist einerseits ein eindrückliches Zeichen dafür, wie lebendig die Sorgebereitschaft und die familiäre Solidarität in der Gesellschaft sind. Andererseits führt Angehörigenpflege häufig zu einer völligen Überforderung der Angehörigen – oder auch der Mittel- und Osteuropäerinnen in der sog. 24-Stunden-Pflege.

¹ Der Impuls wurde am 23. Juni 2017 vom Hauptausschuss des ZdK verabschiedet. Er entstand in einer Arbeitsgruppe des Sachbereichs Wirtschaft und Soziales, der neben dem Autor dieses Beitrags folgende Personen angehörten: Dr. Monika Stolz, Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins, Stefan Becker, Dr. Heide Mertens und Dr. Gloria Behrens. Die kompetente und engagierte Begleitung durch Julia Seeberg sicherte die Arbeitsfähigkeit dieser Gruppe.

In diesen hohen Belastungen kommt zum Ausdruck, dass in Deutschland die Angehörigen einen Großteil der Lasten, die mit Pflege verbunden sind, selbst schultern müssen. Diese Grundstruktur des deutschen Pflegesystems, der Vorrang der häuslichen vor der stationären Pflege, stößt immer deutlicher an Grenzen. Schließlich steht dem wachsenden Bedarf an Pflege eine sinkende Fähigkeit der Familien gegenüber, die notwendige Pflegearbeit zu leisten. Letzteres geht neben zunehmender räumlicher Mobilität vor allem auf die wachsende Erwerbspartizipation von Frauen und die nur geringfügig gestiegene Sorgebeteiligung der Männer zurück.

2. Pflegende Angehörige müssen durch Netzwerke der professionellen Unterstützung und durch verlässliche Alternativen zur häuslichen Pflege entlastet werden.

Pflege ist – wie es bereits im Pflegegesetz von 1995 heißt – eine "gesamtgemeinschaftliche Aufgabe". Das bedeutet, dass sich die Gesellschaft bzw. die Politik in dieser Hinsicht nicht mehr einfach darauf verlassen darf, dass die Familien die Lasten der Pflege schon irgendwie schultern werden. Vielmehr müssen erstens für die pflegenden Angehörigen Netzwerke der professionellen Unterstützung geknüpft und verstärkt werden. Dazu sind die z. T. bereits vorhandenen Angebote der Entlastung, wie z. B. Tages- oder Kurzzeitpflege, und die Beratung stärker bekannt zu machen und auszubauen. Vor allem aber müssen die in Deutschland noch völlig unterentwickelten haushaltsnahen Dienstleistungen wie Menüdienste, Wohnungsreinigung etc. gefördert werden, so dass sie verlässliche Angebote darstellen und den Dienstleistern faire Arbeitsbedingungen bieten. Zweitens bedarf es einer Verbesserung der professionellen Pflege in stationären Einrichtungen. Die Pflege in Pflegeheimen muss verlässlich organisiert und menschlich überzeugend sein, damit sie als ein attraktives Alternativangebot zur häuslichen Pflege wahrgenommen wird. Drittens erscheint es vielversprechend, die Erprobung und die Verbreitung neuer Mischformen zwischen professioneller und Angehörigenpflege, z. B. in Pflege-Wohngruppen, zu fördern.

3. Für die Verbesserung und Weiterentwicklung der professionellen Pflege ist es entscheidend, durch eine bessere Personalausstattung den Zeitdruck in der Pflege zu reduzieren.

Im Bereich der professionellen Pflege sind zwei Herausforderungen besonders dringlich. Zum einen muss das

Gesellschaft

Pflege

schlechte Image der Pflegeheime überwunden werden, das auch ein wichtiger Faktor für die weite Verbreitung häuslicher Pflege ist. Zum anderen muss der Personal- und Fachkräftemangel reduziert werden, der bereits heute massiv ist und – ohne geeignete Gegenmaßnahmen – aufgrund des demografischen Wandels noch weiter wachsen wird. Für beide Herausforderungen ist es von zentraler Bedeutung, die Minutenpflege, also den massiven Zeitdruck in der Pflege, zu überwinden. Durch eine wesentlich bessere Personalausstattung würden nämlich nicht nur die Pflegeheime attraktiver, sondern auch die Pflegeberufe.

4. Bei der sog. 24-Stunden-Pflege besteht die entscheidende ethische Herausforderung in der Begrenzung der Arbeitszeit auf ein menschenwürdiges Maß.

In vielen deutschen Haushalten sind es Erwerbstätige aus Mittel- oder Osteuropa, die überwiegend oder auch zur Gänze die Pflegeverantwortung tragen. Häufig wird ihre Arbeit in die Nähe der Angehörigenpflege gerückt. Es handelt sich aber um Erwerbsarbeit, die ethisch nur vertretbar ist, wenn die Erwerbstätigen regelmäßig Zeiten haben, in denen sie von allen Verpflichtungen gegenüber dem Arbeit- oder Auftraggeber befreit sind. Dazu bedarf es in Deutschland dringend einer geeigneten Regulierung und deren Durchsetzung. So lange es diese nicht gibt, sind vor allem die Angehörigen der Pflegebedürftigen in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Pflegekräfte aus Mittel- und Osteuropa ausreichend Freizeit haben. Gemäß einem international anerkannten Mindeststandard müssen auch Erwerbstätige in Haushalten wenigstens einmal pro Woche 24 Stunden am Stück frei haben.

5. Bei familiären Entscheidungen über verschiedene Pflegeformen sind nüchtern deren jeweilige Auswirkungen auf alle Beteiligten zu erwägen.

Stationäre Pflege kann eine gute Lösung sein. Nicht selten ist sie für alle Beteiligten die beste Lösung, gerade bei sehr hohem Pflegebedarf. Bei häufigen Besuchen können Angehörige engen Kontakt halten und auf die Qualität der Pflege achten. Diese wichtigen Aspekte der Entscheidung zwischen häuslicher und stationärer Pflege – und den neuen Pflegemischformen – drohen häufig aus dem Blick zu geraten, wenn sozialer Druck und moralische Selbstüberforderung mit im Spiel sind. Das ist gerade in kirchli-

chen Kreisen häufig der Fall.

6. Eine gerechte Organisation der Pflegearbeit wird letztlich nur möglich sein, wenn die Gesellschaft zur sorgenden Gesellschaft wird.

Die Perspektiven für die Zukunft der Pflege bündelt der Diskussionsimpuls im Leitbild einer sorgenden Gesellschaft. Das ist eine Gesellschaft, in der die Fixierung auf Erwerbsarbeit und beruflichen Erfolg überwunden wurde, in der Männer und Frauen Zeit haben, Pflege- und andere Sorgearbeit zu übernehmen. In einer sorgenden Gesellschaft ist Angehörigenpflege gut sozial abgesichert und mit Erwerbsarbeit kombinierbar; zugleich haben alle Zugang zu qualitativ hochwertigen Pflegeheimen und Pflege-Wohngruppen. Eine sorgende Gesellschaft schätzt personenbezogene Dienstleistungen nicht weniger wert als Arbeit in der Industrie. Auch durch faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen sind Pflegeberufe attraktiv.

Mit diesen Denkanstößen zielt der ZdK-Text auf eine öffentliche Debatte darüber, wie wir in Zukunft die gesellschaftlich notwendige Pflegearbeit organisieren wollen. Kirchliche Positionen für diese Debatte sollen in einer ersten innerkirchlichen Diskussionsphase vorbereitet werden, die im Januar 2018 mit einem Verbände-Hearing beginnen wird.

Den ZdK-Diskussionsimpuls "Gerechte Pflege in einer sorgenden Gesellschaft" finden Sie unter <http://www.zdk.de/veroeffentlichungen/erklarungen/detail/Gerechte-Pflege-in-einer-sorgenden-Gesellschaft-241x/>

| Prof. Dr. Bernhard Emunds

Leiter des Nell-Breuning-Instituts der Hochschule Sankt Georgen

Mitglied des ZdK

10 Integrationsarbeit Flüchtlinge

Wie kann Integration gelingen?

Der Ansatz des Projekts Alpen.Leben.Menschen (A.L.M.)

Das Gemeinschaftsprojekt Alpen.Leben.Menschen (A.L.M.) von Malteser Hilfsdienst e. V. und dem Deutschen Alpenverein hat sich zum Ziel gesetzt, die Integration von Geflüchteten im bayerischen Alpenraum voranzubringen. Aber wie kann Integration im ländlichen Alpenraum gelingen, wie können Vereine mit Geflüchteten umgehen und die neue Vielfalt als Chance sehen?

Ansatz: Integration durch Interaktion

Hierzu wird im Rahmen des Projekts A.L.M. der Ansatz der "Integration durch Interaktion" verfolgt. Es sollen Menschen zusammengebracht werden, die zwar im gleichen Ort leben, sich aber im Alltag im Regelfall nicht bewusst begegnen. Langfristiges Ziel ist es, die Integrationsarbeit im Alpenraum zu verstetigen und eine Benefit-Benefit-Situation für alle Alpenbewohner und ihre alpine Umwelt zu schaffen. Das Projekt soll allen Beteiligten die Chance geben, neue Freundschaften zu knüpfen, ihre (neue) Umgebung und Bewohner aus einer neuen Perspektive kennen und schätzen zu lernen sowie junge Menschen für Umweltthemen zu sensibilisieren. Der zugrunde liegende Leitsatz des Projekts lautet hierbei: "Alles, was man kennt, schätzt man. Und alles, was man schätzt, schützt man auch." Dies trifft sowohl auf die sensible Umwelt des Alpenraums als auch auf seine neuen wie alteingesessenen Bewohner zu. Integration ist ein langfristiger Prozess und das Projekt A.L.M. möchte hierzu einen konkreten Beitrag leisten.

Entstehung der Projektidee

Es ist ein glücklicher Umstand, dass sich die beiden Organisationen Deutscher Alpenverein (DAV) und Malteser Hilfsdienst gefunden haben, um das Projekt A.L.M. gemeinsam zu gestalten. Der DAV kennt sich in den Bergen

aus und steht für Offenheit und Toleranz, während sich die Malteser seit Jahrhunderten für Bedürftige einsetzen. Dass es das Projekt A.L.M. in seiner heutigen Form gibt, beruht auf einem zufälligen Treffen bei einem Workshop der Deutschen Bundesstiftung Umwelt in Berlin. Hier wurde schnell klar, dass man bei dem Thema Integration von Flüchtlingen und Toleranz gegenüber Betroffenen auf einer Wellenlänge liegt und dass beide Verbände gemeinsam in diesem Feld aktiv werden möchten. Neben Eigenmitteln der Vereine wird das Projekt A.L.M. aus Mitteln der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) bis August 2018 gefördert.

Together to the Top: Integration am Gipfel

Seit Oktober 2016 konnten im Rahmen von A.L.M. erste Erfahrungen in der Region Garmisch-Partenkirchen gesammelt werden. Seit März 2017 ist das Projekt A.L.M. nun im gesamten bayerischen Alpenraum vom Boden- bis zum Königsee in vier Teilregionen, mit insgesamt 47 DAV-Sektionen und fünf Malteser Dienststellen, aktiv. Was die Geflüchteten im Rahmen des Integrationsprojekts erleben, hängt von den Angeboten der lokalen DAV-Sektionen ab: Manche gehen gemeinsam wandern und haben dabei ihre neue Umgebung zum ersten Mal von oben oder in weiß gesehen, andere waren beim Klettern und Bouldern, dem Klettern ohne Kletterseil und Klettergurt an Felsblöcken, Felswänden oder an künstlichen Kletterwänden in Absprunghöhe. Wiederum andere haben sich an Arbeitsinsätzen der Sektionen beteiligt. Während der Pilotphase wurde auch deutlich, dass eine Ausrüstungsbörse in jeder Region unabdingbar ist, damit die Geflüchteten während der A.L.M.-Aktion gut ausgerüstet sind. Viele verfügen selbst über kein bergtaugliches Schuhwerk, sodass das Angebot der Malteser Dienststellen gern angenommen wird. Derzeit werden – aufgrund der hohen Nachfrage – noch bergtaugliche Schuhe in den Größen 40 bis 44 benötigt. Der übrige Bedarf konnte dank Spenden aus der Bevölkerung und vom Bayerischen Roten Kreuz sowie von den beiden Outdoor-Herstellern Vaude und Ortovox gedeckt werden.

Integrationsarbeit

Flüchtlinge

Praxisbeispiel: A.L.M. in der Praxis

Bei der Organisation und Aktionslogistik werden die Ehrenamtlichen von der zentralen Projektkoordination sowie den Regionalkoordinatoren unterstützt. So wird beispielsweise die Auswahl der Geflüchteten, Fahrdienste zum Treffpunkt oder auch die Ausrüstung der Geflüchteten übernommen. Zudem werden spezifische Anforderungen hinsichtlich Sprache, Religion, Geschlecht und Weltanschauung situationsbedingt berücksichtigt. Dafür wird eng mit Ehrenamtlichen, wie den Malteser-Integrationslotsen oder den lokalen Helferkreisen Asyl, sowie unterschiedlichen Umweltbildungsträgern, wie der ANU Bayern oder dem Nationalpark Berchtesgaden, zusammengearbeitet.

Eine gelungene A.L.M.-Aktion fand im Spätherbst 2016 im Wettersteingebirge statt. Die DAV-Sektion Garmisch-Partenkirchen führte mit der Unterstützung von drei Flüchtlingen, welche vom Malteser Hilfsdienst pädagogisch vorbereitet wurden, eine Aktion für nachhaltiges Skibergsteigen durch. Unter dem Motto "Gemeinsam schaffen wir es" wurde eine bisher einmalige Lösung für Schneesportler im alpinen Raum gefunden, um einen sensiblen Naturraum auch im Winter zu schützen. Das beliebte Tourengebiet an der Alpspitze stellt einen Lebensraum für vom Aussterben bedrohte Vogelarten dar. Um gute Lebensbedingungen auch für die schutzbedürftigen Wildtiere im Winter zu erhalten, wurden gemeinsam sogenannte Skischneisen ausgeholzt. Damit wurde ein nicht nur ein Beitrag zur naturverträglicheren Ausübung der Winterbergsportarten in der heimischen Bergwelt, sondern auch für gelebte Integration geleistet

Erfahrungsrückschau: Ein Jahr A.L.M.

Für viele Geflüchtete stellt eine Bergwanderung etwas völlig Neues dar, welche sie aus ihren Kulturen in dieser Form nicht kennen. Einerseits wird in vielen Herkunftsländern während der Woche körperlich hart gearbeitet, sodass die Freizeitgestaltung am Wochenende eher durch non-sportive Elemente geprägt ist. Andererseits ist das anstrengende Besteigen eines Berges aus reiner Freude daran und ohne messbares Motiv, wie beispielsweise Versorgung oder Hüten von Nutztieren, vielen unbekannt.

Dennoch zeigen die strahlenden Gesichter auf der A.L.M.-Website, dass das Angebot von allen Teilnehmern durchweg positiv angenommen wird. Vor allem die Geflüchteten nehmen das Angebot als willkommene Abwechslung zum Unterkunftsalltag und als Möglichkeit, ihre Deutschkenntnisse anzuwenden, wahr. Aber auch die "Einheimischen" geben bis dato nur positives Feedback und freuen sich über die interkulturellen Begegnungen auf dem Berg. Hier erleben sie ihre gewohnte Umgebung aus einem anderen Blickwinkel und realisieren häufig, wie privilegiert sie sind – sowohl durch ihr Lebensumfeld, wo es Wasser in ausreichenden Mengen, eine intakte Umwelt etc. gibt, als auch durch die Lebensumstände in Deutschland mit seinen demokratischen Strukturen und den nicht vorhandenen existenziellen Nöten.

Fazit

Das Projekt A.L.M. existiert nun seit knapp einem Jahr. In dieser kurzen Zeit, hat sich gezeigt, dass eine wesentliche Grundvoraussetzung für ein gesellschaftliches Miteinander der regelmäßig stattfindende Austausch auf Augenhöhe darstellt. Dieser gelingt im Rahmen vom Integrationsprojekt A.L.M. durch gemeinsame Erlebnisse in alpinem Umfeld, an welchen bereits mehr als 500 Personen beteiligt waren. Neben gemeinsamen Wanderungen organisieren die Ehrenamtlichen beider Verbände zahlreiche andere Veranstaltungen, wie Hüttenabende, Schneeschuhwanderungen oder Geocaching-Touren, bei welchen immer das Miteinander im Vordergrund steht.

Weitere Informationen, auch wie Sie sich konkret beteiligen können, finden sich unter www.alpenlebenmenschen.de

| **Anna Schober**

Zentrale Projektkoordination Projekt A.L.M., Malteser Hilfsdienst e. V.

Populismus in den Niederlanden

Der Triumph des Populismus

Die "Neue Zürcher Zeitung" überschrieb das politische Jahr 2016 mit "Triumph des Populismus", und inzwischen haben die niederländischen Parlamentswahlen gezeigt, dass die Triumphe der Populisten noch gar nicht beendet sind. Zwar erfüllte Geert Wilders' "Partei für die Freiheit" (PVV) am Wahltag, dem 15. März 2017, nicht die Erwartungen, doch es gelang ihr immerhin, mit ihrem nur eine halbe Seite umfassenden Parteiprogramm "Die Niederlande gehören wieder uns" 20 Sitze an sich zu reißen. Leider steckt hinter dem niederländischen Populismus aber noch mehr: Die Liste umfasst auch die Sozialistische Partei (SP) – linksgerichtet, gegen Brüssel und internationale Finanzbeziehungen (14 Sitze), die "Partei für die Tiere" (5 Sitze), "50PLUS" – für ältere Bürger (4 Sitze), DENK – eine Partei, die sich für die Rechte von Migranten einsetzt (3 Sitze), und das "Forum für Demokratie" von Thierry Baudet, einem knallharten konservativen Nationalisten und EU-Gegner (2 Sitze). Alle verdienen den Beinamen "populistisch".

Populismus hat es in den Niederlanden zu allen Zeiten gegeben, aber wie lässt sich gerade jetzt ein solches gewaltiges Wachstum erklären? Meines Erachtens gibt es zwei Hauptursachen: Erstens veränderte sich im Laufe der letzten 30 Jahre das ideologische Klima in bedenklicher Weise. Um der populistischen Versuchung zu widerstehen, bedarf es zweitens politischen Mutes und Führungskraft, doch an beidem mangelt es derzeit in den Niederlanden. Das zweischneidige Schwert der Globalisierung, die

Säkularisierung und fehlende Wählerschichten bringen uns in eine ziemlich komplexe Situation, die der britische Journalist David Goodhart in seinem 2017 erschienenen Buch "The Road to Somewhere: The Populist Revolt and the Future of Politics" zu erklären versuchte. Populisten kümmern sich demzufolge um die Bedürfnisse der "Somewheres", während die Mainstream-Politik lediglich für die "Anywheres" interessant ist. Die "Somewheres" fühlen sich von der Globalisierung bedroht, weil sie irgendwo in einem lokalen Kontext eingebettet, schlechter gebildet und unflexibler sind und der Unterschicht angehören. Im Gegensatz zu ihnen sind die "Anywheres" für die heutige Welt gerüstet: sich überall zuhause fühlend, kosmopolitisch, hoch gebildet, flexibel und mobil. Die "Somewheres" hingegen ängstigen sich vor mangelnder Sicherheit ihrer Arbeitsplätze, vor Arbeitslosigkeit, vor der EU, vor dem Wettbewerb mit den Zuwanderern, wegen der Gesundheitsvorsorge, wegen Vergrößerung der Bevölkerung und wegen zu niedriger Renten. Während Goodharts Vorstellung einer scharfen Zerteilung der Gesellschaft angemessen zu sein scheint, irrt er sich hinsichtlich der Einschätzung, die Populisten würden den "Somewheres" ihre Sorgen abnehmen. Gewiss fühlen sich viele Einheimische durch den Zustrom von Migranten in ihre Straßen, Nachbarschaften oder Städte heimatlos und desorientiert. Doch die Niederlande kommen einer Lösung der wirklichen Probleme dieser Menschen nicht näher, wenn die "Anywheres" für alles, was schief läuft, verantwortlich gemacht werden. Insbesondere in Wahlzeiten fährt eine "gemäßigte Wilders-Herangehensweise" ("Wilders-Light"), wie sie auch die etablierten Parteien propagieren, schnelle Profite ein. Diese Strategie ist jedoch äußerst gefährlich, weil sie, zumindest in Bezug auf ihre themenorientierte Problemlösungsqualität, das Misstrauen gegenüber den etablierten Parteien letztlich steigern wird. In unserer alternden Bevölkerung wird die populistische Verlockung zweifellos viele neue Unterstützer finden. Wird der Populismus unsere "neue Normalität" werden?

| [Dr. Frans Hoppenbrouwers](#) |
Kirchenhistoriker

Der Beitrag ist die gekürzte Fassung des gleichnamigen Artikels, der in der Zeitschrift OST-WEST. Europäische Perspektiven 18 (2017), Heft 3 mit dem Schwerpunkt "Populismen in Europa" erschienen ist.